

Schlangenbader Erklärung

Für ein modernes, gerechtes, ökologisches und nachhaltig wirtschaftendes Hessen in einer globalisierten Welt

*Beschluss der Klausurtagung von Landesvorstand und Landtagsfraktion
am 15./16. August 2008 in Schlangenbad*

I. Ausgangslage

Hessen ist ein besonderes Land. In der Mitte Deutschlands und im Zentrum von Europa stellen sich die Herausforderungen unserer Zeit in unserem Bundesland in besonderem Maße:

- **Hessen - ein grünes Land, das zu wenig aus seinen Möglichkeiten macht**
Eine lebenswerte und intakte Umwelt und die Potenziale des boomenden Umweltsektors sind für Deutschland wie für Hessen das Kapital für die Zukunft. Hessen hat alle Möglichkeiten zu einem führenden Land für Umwelt- und Klimaschutz und insbesondere für die Energiewende zu werden. Es hat eine Verpflichtung zur Bewahrung der Schöpfung und zur nachhaltigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen durch wirksamen Naturschutz. Als waldreichstes Bundesland und mit seinen vielfältigen Kulturlandschaften, Mittelgebirgen, Ferien- und Naherholungsgebieten sowie nicht zuletzt dem Nationalpark Kellerwald ist in Hessen der Wert einer intakten Natur und die Notwendigkeit ihres Schutzes mit Händen zu greifen. Mit SMA in Nordhessen und anderen Firmen haben Unternehmen von Weltgeltung aus dem Sektor Erneuerbare Energien ihren Sitz in Hessen. In den 90er Jahren haben nicht zuletzt GRÜNE Politikerinnen und Politiker die Grundlagen für eine zukunftsweisende Energiepolitik gelegt, die u.a. mit der Vereinbarung über den Atomausstieg sowie der Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien noch heute bundesweit prägend sind.
- **Hessen - ein Land der Köpfe und Ideen, das zu wenig für die Bildung tut**
Als rohstoffarmes Land ist die Bundesrepublik und ist Hessen darauf angewiesen, dass sich Kreativität und Vielfalt seiner Menschen entwickeln können und sie von Anfang an in den Bildungseinrichtungen gefördert werden. Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben, zur Teilhabe an unserer Gesellschaft und für die Chancen in der Arbeitswelt. Der Wohlstand unseres Landes basiert nicht darauf billiger, sondern besser, innovativer und kreativer als andere zu sein. Der Wettlauf um niedrigere Löhne ist für Hessen nicht zu gewinnen – der Wettlauf um bestmögliche Bildung schon. Anstatt überdurchschnittlich viel in Bildung zu investieren, liegen die Bildungsausgaben Hessens (und Deutschlands) jedoch unter dem Schnitt vergleichbarer Industrieländer.

- **Hessen – ein reiches Land mit wachsender Armut**
In Deutschland wie in Hessen geht die Schere zwischen arm und reich seit einigen Jahren stetig auseinander. Wachsendem, teilweise demonstrativ zur Schau gestelltem Reichtum, stehen zunehmend Menschen gegenüber, die aus unterschiedlichen Gründen Schwierigkeiten haben, über den Tag zu kommen. Hinzu kommt, dass die Angst vor gesellschaftlichem Abstieg und die Sorge um den Arbeitsplatz immer mehr Menschen erfasst und bis weit in die Mittelschicht reicht. Gerade in einem auch im bundesweiten Vergleich relativ reichen Land wie Hessen ist es besonders beschämend, dass die Kinderarmut stetig wächst, Menschen trotz harter Arbeit kaum genug zum Leben haben, viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sorge um ihren Arbeitsplatz haben und die soziale Infrastruktur abgebaut worden ist. Gerade als Banken- und Finanzplatz von internationaler Bedeutung muss uns beides gelingen: Erhalt und Ausbau der wirtschaftlichen Stärke unseres Bundeslandes *und* die Teilhabe aller an diesem wachsenden Wohlstand. Bankentürme und Suppenküchen für Bedürftige passen nicht zusammen.
- **Hessen – ein internationales Land mit Integrationsproblemen**
Hessen war und ist ein Einwanderungsland. Von den Hugenotten über die Anwerbung von „Gastarbeitern“ in den 60er Jahren bis zu den Bankerinnen und Bankern aus vielen Ländern in der europäischen Zentralbank – Hessen ist ein internationales Land und das ist auch gut so. Trotz dieser Tradition und Gegenwart ist Hessen aber auch ein Land mit Integrationsproblemen. Ein Land, in dem manche leben, aber nicht heimisch sind. Ein Land, in dem Kinder, deren Familien zugewandert sind, auch in der dritten Generation noch schlechtere Bildungschancen haben als gleich begabte Kinder ohne Migrationshintergrund. Und ein Land, in dem einige auch in jüngster Vergangenheit immer noch nicht der Versuchung widerstehen konnten, auf dem Rücken von Minderheiten politische Auseinandersetzungen zu führen.
- **Hessen - ein mobiles Land mit allen Verkehrsproblemen eines Ballungsraums und des europäischen Güterverkehrs**
Hessen liegt im Mittelpunkt der europäischen Verkehrsströme auf der Straße, der Schiene und in der Luft. Gleichzeitig ist unser Bundesland im Ballungsraum zusätzlich mit allen Verkehrsproblemen eines hoch verdichteten Gebietes konfrontiert. Im ländlichen Raum stellt sich die Herausforderung, trotz sinkender Einwohnerzahlen ein hinreichendes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln zu gewährleisten. Mobilität eröffnet ökonomische wie persönliche Chancen und Freiheiten. Mobilität schränkt aber auch in Form von Lärm, Gestank und klimaschädlichem CO₂ Chancen und Freiheiten der hier lebenden Menschen ein. Schon heute haben die vorhandene Infrastruktur und die bisherigen Mobilitätskonzepte die Belastungsgrenzen für Mensch und Umwelt häufig überschritten. Schon gar nicht sind die prognostizierten Verkehrszuwächse mit den bisherigen Lösungen verantwortlich zu bewältigen. Gerade angesichts seiner Lage muss

Hessen führend in der Entwicklung von für Menschen und Umwelt verträglichen Mobilitätskonzepten werden.

- **Hessen - ein Land im demografischen Wandel mit drastischen Schrumpfungs- und gleichzeitig starken Verdichtungsgebieten**
Die Hessen werden weniger, älter und bunter – hat die Enquetekommission „Demografischer Wandel“ in der 16. Wahlperiode des Hessischen Landtags völlig zutreffend für ganz Hessen festgestellt. Gleichzeitig werden aber im Ballungsraum mehr Menschen als bislang leben und die ohnehin vorhandenen Probleme eines hoch verdichteten Raums weiter verstärken. Den demografischen Wandel zu gestalten bedeutet daher beides: In Gebieten, für die eine zurückgehende Bevölkerungszahl prognostiziert ist, mit den Mitteln der Regionalentwicklung neue Perspektiven zu entwickeln und in wachsenden Gebieten trotz zunehmender Verdichtung Lebensqualität und eine intakte Umwelt zu bewahren.
- **Hessen – ein Land mit einer lebendigen Zivilgesellschaft, aber wachsender Politikverdrossenheit**
Hessen ist reich an zivilgesellschaftlichem Engagement. Täglich wird in Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen, in der Nachbarschaft, in formlosen Zusammenschlüssen Einzelner und nicht zuletzt in der weitgehend ehrenamtlichen Kommunalpolitik Großartiges für unser Gemeinwesen geleistet. Gleichzeitig steigt in Deutschland wie in Hessen die Politik(er)verdrossenheit. Politik steht vor der Aufgabe, mit der Zivilgesellschaft in Dialog zu treten und die wachsende Kluft zwischen einer lebendigen Zivilgesellschaft und den von ihr gewählten Vertreterinnen und Vertretern zu schließen. Manche Auswüchse des Landtagswahlkampfes und der Umgang mit einzelnen Abgeordneten nach der Landtagswahl waren sicher nicht geeignet, Vertrauen zurück zu gewinnen.
- **Hessen - ein Land mit allen Chancen, dessen strukturelle Probleme nicht gelöst sind**
In Deutschland wie in Hessen kann man den Eindruck bekommen, dass manche Entscheidungsträger glauben, man habe zur Lösung der struktureller Probleme alle Zeit der Welt. Was auf Bundesebene die Debatten über die sozialen Sicherungssysteme und den Länderfinanzausgleich sind, sind in Hessen das im Vergleich zu anderen Bundesländern riesige strukturelle Defizit im Landeshaushalt, die ausstehende Regionalreform insbesondere für das Rhein-Main-Gebiet, die Reform des kommunalen Finanzausgleichs und eine der Größe und Bedeutung unseres Bundeslandes angemessene Kulturförderung.

Obwohl Hessen alle Chancen hat, wurde in den vergangenen Jahren zu wenig aus diesen Chancen gemacht: Der Anteil erneuerbarer Energien liegt weit hinter anderen Bundesländern, die CO₂-Emissionen sind gestiegen statt wie in anderen Ländern zu sinken, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen wurde ab- statt ausgebaut, das hessische Bildungssystem liegt national wie international bestenfalls im Mittelfeld, das soziale

Netz ist löchrig geworden, statt in intelligente Mobilitätskonzepte wurde weiter auf immer mehr Beton gesetzt, die Gestaltung des demografischen Wandels war mehr etwas für Reden am Sonntag als für Taten am Montag und die strukturellen Probleme sind größer und nicht kleiner geworden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ihren Beitrag für einen Politikwechsel in Hessen leisten. Wir wollen ein modernes, gerechtes, ökologisches und nachhaltig wirtschaftendes Hessen in einer globalisierten Welt. Nicht alle Probleme werden sich allein im Rahmen des landespolitisch Gestaltbaren lösen lassen. Wir GRÜNE wollen jedoch eine Landesregierung, die in ihrem Verantwortungsbereich das Notwendige tut und sich auch auf Bundesebene als Motor einer gerechten, ökologischen und nachhaltigen Gestaltung der Globalisierung versteht.

II. Die Mühen der Ebene oder warum der Politikwechsel ohne Regierungswechsel unvollständig bleibt

Bereits die ersten Monate nach der Landtagswahl haben gezeigt, dass sich ein Politikwechsel ohne Regierungswechsel schwierig gestaltet. Die Personalausstattung der Fraktionen ist viel geringer als die der Ministerien. In der Landesverwaltung arbeiten tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den unterschiedlichen Politikbereichen. Im Gegensatz dazu besteht beispielsweise die gesamte GRÜNE Landtagsfraktion aus insgesamt 26 Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Um die beschriebenen Herausforderungen gestalten zu können, kann auf Dauer auf die Erfahrung und die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien nicht verzichtet werden. Einige Beispiele verdeutlichen, warum ein Politikwechsel ohne Regierungswechsel unvollständig bleiben muss:

- **Landeshaushalt**

Die Beratung und Beschlussfassung des Landeshaushalts ist eine der zentralen Aufgaben des Parlaments. Hier werden die Weichen für die politischen Schwerpunkte gesetzt. Aus dem Parlament heraus lassen sich in den Haushaltsberatungen viele Akzente setzen. Einen detaillierten Überblick über die Finanzlage des Landes, über Einsparmöglichkeiten oder sich abzeichnende Mehrausgaben hat jedoch nur die Landesregierung. An diesem Punkt ist das Parlament auf die Informationen angewiesen, die es von der Landesregierung bekommt – und das sind zurzeit nicht viele.

- **Vollzug des Haushalts**

Der Landeshaushalt ist zwar eine vom Parlament beschlossene Ausgabenermächtigung für die Landesregierung. Im Vollzug des Haushalts gibt es aber große Freiräume bei der Umsetzung des Willens des Parlaments. Selbst ein in den Schwerpunktsetzungen im Haushalt verankerter Politikwechsel kann im Vollzug des Haushalts ausgebremst oder nur halbherzig umgesetzt werden.

- **Umfangreiche Gesetzgebungsverfahren**
 Durch die generelle Befristung laufen in Hessen in den nächsten Jahren viele Gesetze mit zum Teil umfangreichen und differenzierten Regelungsinhalten aus. Als Beispiele seien hier das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, das Personalvertretungsgesetz, das Hochschulgesetz, das Schulgesetz und das Gesetz für die Universitätskliniken genannt. Durch die Vereinbarungen der Föderalismusreform kommen u.a. im Beamtenrecht zusätzliche Regelungsbereiche hinzu, die erstmals in Landeskompetenz ausgestaltet werden müssen. Zudem sind für einen Politikwechsel in weiteren Gesetzen Änderungen notwendig, beispielsweise im Landesplanungsrecht oder im Naturschutzgesetz. Für alle diese Gesetzgebungsverfahren bedarf es einer sorgfältigen Vorbereitung durch die Ministerien und Landesbehörden sowie Gespräche mit den von den Gesetzen Betroffenen, die letztlich nur mit loyaler Unterstützung durch einen Verwaltungsapparat leistbar sind.
- **Vollzug der Gesetze**
 Wie beim Landeshaushalt ist auch bei den übrigen Gesetzen die Verabschiedung durch das Parlament eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung, dass sich in der Praxis tatsächlich etwas im gewollten Sinne ändert. Ob beispielsweise das Behindertengleichstellungsgesetz lediglich auf dem Papier steht oder tatsächlich tatkräftig umgesetzt wird, hängt vom Vollzug ab.
- **Vom Parlament nicht direkt beeinflussbares Verwaltungshandeln**
 Jenseits der Gesetze sind viele Handlungsbereiche der Regierung dem direkten Einfluss des Parlaments entzogen. Einige Beispiele: Der Landesentwicklungsplan wird komplett von der Landesregierung erstellt und vom Parlament nur als Ganzes beraten. Das Planfeststellungsverfahren zum Frankfurter Flughafen ist nur noch aus der Regierung heraus zu beeinflussen. Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) führt die Regierung und nicht das Parlament. Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs oder eine Neuordnung der Kulturfinanzierung bereitet die Regierung vor. Die Entscheidung über einen Abschiebestopp oder zu berücksichtigende Fälle aus der Härtefallkommission trifft der Innenminister.
- **Hessens Verhalten im Bundesrat und Zusammenarbeit mit dem Bund**
 Die Vertretung Hessens auf Bundesebene obliegt der Landesregierung. Das Parlament kann die Regierung zu Bundesratsinitiativen auffordern. Ob und mit welchem Engagement sie diesen Aufforderungen folgt, kann nicht beeinflusst werden. Auch auf Gespräche zwischen Landes- und Bundesregierung, beispielsweise über die Ausgestaltung des Bundesverkehrswegeplans, hat der Landtag keinen Einfluss.

Aus den genannten Gründen ist es aus der Sache heraus geboten, dem Politikwechsel auch einen Regierungswechsel folgen zu lassen. Mit dem derzeitigen Zustand einer geschäftsführenden Landesregierung, die in wesentlichen Fragen keine Mehrheit im Parlament hat, lassen sich auf Dauer die Herausforderungen kaum bewältigen, vor denen Hessen steht.

Wir GRÜNE stehen dabei vor folgender Situation: Auf der einen Seite haben wir es mit einer CDU zu tun, die nach neun Jahren das Regierungsgeschäft zwar beherrscht, aber gerade personifiziert durch Roland Koch für Inhalte und für eine politische Kultur steht, die weite Teile der Gesellschaft abgewählt haben. Auf der anderen Seite teilen wir viele Inhalte mit der SPD, können aber immer noch nicht sicher sein, ob die SPD ihre Regierungsfähigkeit herstellen kann. Auch wissen wir derzeit nicht, ob die Linkspartei bereit ist, die notwendige Verlässlichkeit zu garantieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind bereit, Verantwortung für Hessen zu übernehmen. Dabei gilt nach wie vor: Auf die Inhalte kommt es an. Wir streben eine Koalitionsvereinbarung und eine Landesregierung an, die auf die genannten Herausforderungen überzeugende und tragfähige Antworten gibt. Wir wollen ein modernes, gerechtes, ökologisches und nachhaltig wirtschaftendes Hessen in einer globalisierten Welt.

III. Bausteine auf dem Weg zu einem modernen, gerechten, ökologischen und nachhaltig wirtschaftenden Hessen in einer globalisierten Welt

Als Teil einer neuen Landesregierung wollen wir GRÜNE unseren Beitrag leisten, Hessen zu einem modernen, gerechten, ökologischen und nachhaltig wirtschaftenden Land zu machen. Manches wird sich schnell realisieren lassen. Anderes wird nicht von heute auf morgen gelingen. Und einiges wird auch länger als eine Legislaturperiode benötigen. Umso wichtiger ist es, klare Ziele und klare Perspektiven zu haben. Mit den nachfolgenden Bausteinen beschreiben wir an einigen Beispielen, wie sich Hessen entwickeln könnte. Wir sind offen für eine lebendige, konstruktive und bereichernde Debatte über den Weg dorthin. Über die Ziele sollte jedoch zwischen den eine künftige Regierung tragenden Parteien im wesentlichen Einigkeit herrschen. Die Bausteine ersetzen weder detaillierte Parteiprogramme noch erheben sie einen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie zeigen jedoch in einigen Bereichen auf, wohin die Reise in einem von GRÜNEN getragenen Koalitionsvertrag gehen müsste. Diese Bereiche sind:

- **Die Energiewende voranbringen -
Hessen zum Musterland für Umwelt-, Klima- und Naturschutz machen**
- **Den Schulkampf beenden -
für einen Aufbruch in der Bildungs- und Hochschulpolitik**

- **Die Globalisierung gerecht gestalten –
Impulse für die Wirtschaft, gute Arbeit für die Menschen**
- **Gesellschaftliche Teilhabe für alle –
für eine neue Kultur des Miteinanders**
- **Den Menschen vertrauen und etwas zutrauen –
mehr Transparenz und direkte Demokratie wagen**
- **Hessens strukturelle Probleme angehen –
neue Antworten für ein Land im Wandel**

Die Energiewende voranbringen - Hessen zum Musterland für Umwelt-, Klima- und Naturschutz machen

Hessen ist in den vergangenen Jahren beim Umwelt-, Klima- und Naturschutz weit zurück gefallen. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung liegt mit rund 5 Prozent weit unter dem Bundesschnitt von 14 Prozent. Die CO₂-Emissionen sind entgegen dem Trend aller anderen Bundesländer gestiegen statt gesunken. Die Belastungen der Menschen durch Verkehrslärm und Abgase haben weiter zugenommen. Statt den ohnehin immensen Flächenverbrauch zu begrenzen, wurde der Schutz von Landschaft und Natur sogar abgebaut. Aus einem Land, das unter GRÜNER Regierungsbeteiligung beim Umweltschutz Vorbild für andere war, ist ein Land geworden, das von anderen müde belächelt wird.

Wir wollen, dass eine neue Landesregierung u.a. folgende Projekte auf den Weg bringt:

- **ZukunftsEnergie für Hessen:** Wir haben das Ziel, den Strombedarf unseres Bundeslandes innerhalb von zwei Jahrzehnten vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken. Energieeinsparung und -effizienz kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die dafür notwendigen Rahmenbedingungen und Förderprogramme werden geschaffen. Die Atomkraftwerke in Biblis werden, wie auf Bundesebene im Atomkonsens mit der Energiewirtschaft vereinbart, abgeschaltet. Das Land nutzt seinen Einfluss, neue Kohle-Großkraftwerke wie in Großkrotzenburg oder auf der Ingelheimer Aue zu verhindern.
- **Hessisches Klimaschutzprogramm:** Mit einem Bündel von Einsparungs- und Effizienzmaßnahmen leistet das Land Hessen seinen Beitrag, um die CO₂-Emissionen in Hessen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Dazu gehören beispielsweise die Einrichtung eines Energieeffizienzfonds sowie die Schaffung eines Hessischen Wärmegesetzes, das energieeffizientes Bauen und Renovieren fördern wird. Weniger Energieverbrauch bedeutet

gleichzeitig geringeren Energiekosten für private Haushalte, Unternehmen, Kommunen oder das Land selbst.

- **Mehr Verkehr auf die Schiene bringen:** Die Neufassung des Bundesverkehrswegeplans im Jahr 2011 bietet die Möglichkeit, von Hessen aus auch auf Bundesebene Akzente für die klimapolitisch dringend notwendige Verkehrswende zu setzen. Wir werden uns für einen konsequenten Ausbau der Schieneninfrastruktur einsetzen und damit die Voraussetzung dafür schaffen, dass die Zuwächse im Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden können. Hessen wäre einer der Hauptprofiteure von einer solchen neuen Prioritätensetzung, da auf fast ausschließlich dem Güterverkehr dienende Autobahnprojekte in Hessen verzichtet werden könnte.
- **Mobilität nicht nur im Ballungsraum zukunftsfähig machen:** Der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main wird bis zum Jahr 2020 zu einer Modellregion für nachhaltige Mobilität. Mit einem deutlichen Ausbau des ÖPNV, der Optimierung der Angebote für den Radverkehr und der Verbesserung des Verkehrsflusses werden wir unter Beweis stellen, dass die Verkehrswende möglich ist. Frankfurt/Rhein-Main soll ein nationales und internationales Beispiel dafür werden, wie Mobilität im Ballungsraum nachhaltig gestaltet werden kann. Auch im ländlichen Raum wird ein attraktives ÖPNV-Angebot sichergestellt und fortentwickelt.
- **Belastungen durch den Flugverkehr begrenzen:** Der Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Frankfurter Flughafens darf nicht so bleiben, wie er von der Regierung Koch erlassen wurde. Es werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die derzeit vorgesehenen Lärmbelastungen für die Menschen im Rhein-Main-Gebiet zu reduzieren. Die Pläne zum Neubau des Flughafens Kassel-Calden werden aufgegeben und stattdessen Mittel in ein Strukturprogramm für Nordhessen investiert.
- **Landesplanung ökologisch und bürgerfreundlich ausrichten:** Durch Novellierung des Planungsrechts werden Zielvorgaben zur Eindämmung des Flächenverbrauchs und zur Umsetzung der Energiewende gesetzt. Die Beteiligungsrechte der Umweltverbände, Kommunen und Bürgerinnen und Bürger werden gestärkt.
- **Hessens Lebensmittel bio-logisch statt gen-technisch:** Der ökologische Landbau wird stärker als bisher gefördert und so hessischen Landwirten die Teilhabe am boomenden Markt für Bio-Lebensmittel erleichtert. Gleichzeitig werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die hessische Landwirtschaft gentechnikfrei zu gestalten. Der konventionellen Landwirtschaft werden Angebote für eine stärkere Ausrichtung an Umwelt-, Tier- und Naturschutzfragen gemacht.

- **Boden, Wasser, Luft schonen:** Nicht nur durch den übermäßigen CO₂-Ausstoss, sondern auch durch viele andere Emissionen gefährden wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Die Versalzung der Werra ist dafür nur ein aktuelles Beispiel. Wir wollen, dass die Werra wieder zu einem Süßwasserfluss wird. Durch entsprechende Initiativen wollen wir Boden, Wasser und Luft schonen, auch um die Natur für die Bevölkerung erlebbar zu erhalten. Mit der Einführung eines Wasser-Cents, wie ihn andere Bundesländer haben und Hessen einmal hatte, wollen wir den Verbrauch des wertvollen Gutes Wasser reduzieren und einen Beitrag zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen erbringen.
- **Natur und Tiere schützen:** Wir setzen uns zum Ziel, die biologische Vielfalt in Hessen zu bewahren und zu schützen. Wir werden Initiativen ergreifen, um die Städte grüner zu machen und den Menschen ausreichend Erfahrungs- und Erholungsmöglichkeiten in der Natur zu bieten. Die entsprechende Änderung des Naturschutzgesetzes, sowie Initiativen zur Wiedereinrichtung der großen Landschaftsschutzgebiete und für den besseren Schutz von Tieren haben für uns hohe Priorität. Auch bei der Bewirtschaftung des Staatswaldes werden wir dem Naturschutz wieder einen höheren Stellenwert einräumen.

Den Schulkampf beenden - Für einen Aufbruch in der Bildungs- und Hochschulpolitik

Im nationalen wie internationalen Vergleich liegt Hessens Schulsystem bestenfalls im Mittelfeld. Die teilweise sehr schlecht gemachten Reformen der vergangenen Jahre haben viel Unruhe an die Schulen gebracht, jedoch ohne die Qualität hinreichend zu verbessern. Weiterhin hat unser Bildungssystem eine erhebliche soziale Schieflage, in dem der Bildungshintergrund der Eltern über den Erfolg der Kinder entscheidet. Das starre Festhalten am gegliederten Schulsystem und die Skepsis gegenüber dem pädagogischen Konzept einer Ganztagschule von Seiten der Landesregierung haben die Schulentwicklung vor Ort behindert. Die von uns mittlerweile wieder abgeschafften Studiengebühren haben den Zugang zur Hochschule unnötig erschwert. Eine tragfähige Antwort auf den in einer Wissensgesellschaft notwendigen Ausbau der Studienkapazitäten steht bis heute aus.

Wir wollen, dass eine neue Landesregierung u.a. folgende Projekte auf den Weg bringt:

- **Mehr in Bildung investieren:** Nicht alle Probleme unseres Bildungssystems lassen sich mit Geld lösen, aber ohne mehr Investitionen in Bildung wird es auch nicht gelingen. Es ist nicht tragbar, dass in unserem relativ reichen Land die Bildungsausgaben deutlich niedriger liegen als in vergleichbaren Industrieländern. Nur durch zusätzliche Mittel erhalten wir den Freiraum für mehr Qualität, einen Ausbau der Ganztagsangebote auch in offener oder gebundener Form, Schulsozialarbeit, kleinere Klassen und bessere Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer.
- **Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung – Gute Bildung von Anfang an:** Wir werden dafür Sorge tragen, dass Hessen als eines der ersten Bundesländer den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr sichergestellt und damit auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert. Gleichzeitig wird durch finanzielle Mittel die Voraussetzung geschaffen, dass der Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder von 0-10 Jahren tatsächlich umgesetzt und somit der Bedeutung der frühkindlichen Bildung Rechnung getragen werden kann.
- **Die Neue Schule auf den Weg bringen:** Wir wünschen uns und werben dafür, dass es in Hessen - ähnlich wie in Finnland - einen breiten Konsens über die Schulstruktur gibt. Wir sagen aber auch ebenso klar: Solange es diesen gesellschaftlichen Konsens nicht gibt, muss Wahlfreiheit für die Eltern und nicht die Fortsetzung des Schulkampfs die Antwort auf die Schulstrukturfrage sein. Um diese Wahlfreiheit zu schaffen, wollen wir es bis 2013 der Hälfte aller weiterführenden Schulen auf freiwilliger Basis ermöglichen, sich zu neuen Schulen nach finnischem Vorbild mit gemeinsamen Lernen bis zum Ende der Mittelstufe zu entwickeln.
- **Selbstbestimmte Schule – Gute Schulen werden vor Ort gemacht:** Wir wollen unsere Schulen von zentralistischen Vorgaben befreien. Sie brauchen mehr Eigenständigkeit und weitgehende pädagogische, personelle, finanzielle und organisatorische Freiräume, verbunden mit den dafür notwendigen Mitteln und einer Überprüfung der Ergebnisse. Nicht das Kultusministerium in Wiesbaden, sondern die Schulgemeinde vor Ort weiß am besten, was gut für ihre Schule ist.
- **Gemeinsamer Unterricht – von der Ausnahme zur Regel:** Wir wollen, dass in einem Zeitraum von zehn Jahren der gemeinsame Unterricht (GU) von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf von der Ausnahme zur Regel geworden ist. Wir sind davon überzeugt, so alle Schülerinnen und Schüler, stärkere wie schwächere, besser fördern zu können.

- **Berufliche Schulen als eine tragende Säule des Bildungssystems aufwerten:** Die beruflichen Schulen und die duale Ausbildung sind ein Stützpfiler unseres Bildungssystems. Gerade für Schülerinnen und Schüler, die die allgemein bildenden Schulen mit Qualifizierungsdefiziten verlassen, bauen die beruflichen Schulen Brücken in die Arbeitswelt. Für das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf werden bundesweit Milliardenbeträge ausgegeben. Wir wollen, dass diese Mittel zielgenauer eingesetzt werden und stärker bereits an den allgemein bildenden Schulen genutzt werden können.
- **Qualität und Chancengerechtigkeit stärken:** Wir werden die Studiengebührenfreiheit festschreiben und den chancengerechten Zugang zu den Hochschulen erhöhen. Mit einer Qualitätsoffensive werden wir Studienbedingungen und Lehre verbessern. Den Forschungs- und Innovationsstandort Hessen werden wir stärken.
- **Studienkapazität ausbauen:** Wir werden den 2007 zwischen Bund und Ländern geschlossenen Hochschulpakt 2020, der zu mehr Studienanfängerinnen und -anfängern führen soll, so mit Leben füllen, dass die Hochschulen Anreize bekommen, Studienplätze bedarfsgerecht zu schaffen.
- **Autonomie der Hochschulen demokratisch gestalten:** Wir werden den Weg zu mehr Autonomie der Hochschulen fortentwickeln und zwar in enger Abstimmung mit allen Beteiligten und passgenau für jede einzelne Hochschule. Gerade autonome Hochschulen brauchen Mitsprache und Transparenz. Durch Stärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Hochschulgremien wird die hochschulinterne Demokratie gestärkt.

Die Globalisierung gerecht gestalten – Impulse für die Wirtschaft, gute Arbeit für die Menschen

Die aktuelle Globalisierungswelle, die mit einem rasanten technischen Fortschritt einhergeht, hat besorgniserregende Elemente. Gleichwohl ist sie das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses, der bei entsprechender Gestaltung viel versprechende Chancen bietet. Leider hat die bisherige Landesregierung den Gestaltungsanspruch einer am Menschen orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik weitgehend aufgegeben und eher einem entfesselten Kapitalismus das Wort geredet. Das Ergebnis ist, dass Hessen beim Wirtschaftswachstum hinterherhinkt und auch die Arbeitslosigkeit seit Jahren über dem Schnitt der westdeutschen Länder liegt. Globalisierung gestalten und Regionen stärken ist kein Widerspruch, sondern es sind gleichberechtigte Elemente einer Strategie. Zu dieser gehört auch das enorme Potential unserer Einwanderungsgesellschaft zu nutzen. Die kulturelle Vielfalt ist eine bisher zu wenig berücksichtigte Stärke Hessens, eines Landes, in zentraler Lage in Europa und mit bester weltweiter Vernetzung.

Wir wollen, dass eine neue Landesregierung u.a. folgende Projekte auf den Weg bringt:

- **Die Wirtschaftsförderung neu strukturieren:** Im Vergleich zu anderen Ländern gibt Hessen wenig für seine Wirtschaftsförderung aus. Die vorhandenen Mittel sollten daher zumindest effektiv eingesetzt werden. Die Aufgaben von Landestreuhandanstalt (LTH), Investitionsbank Hessen (IBH) und HessenAgentur sind neu aufeinander abzustimmen. Ziel ist eine monetäre Wirtschaftsförderung aus einer Hand. In diesem Zusammenhang sind auch die Förderprogramme selbst auf den Prüfstand zu stellen. Die Wirtschaftsförderung muss es als ihre Aufgabe verstehen, den spezifischen Erfordernissen der Regionen Rechnung zu tragen. Dazu gehört beispielsweise die Versorgung auch des ländlichen Raums mit Breitband-Internet-Anschlüssen sicherzustellen.
- **Die Potenziale der Umweltbranche freisetzen:** In der Umweltbranche liegen die Arbeitsplätze der Zukunft, gerade auch bei kleinen und mittleren Unternehmen sowie im Handwerk. Wir werden dafür Sorge tragen, dass dieser Bereich ein Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung des Landes wird. Dabei legen wir auf Technologietransfer, Produktion und Anwendung vor Ort gleichermaßen Wert.
- **Kreativität als Chance wahrnehmen:** Im kreativen Sektor liegen starke Zukunftschancen, die bislang nicht ausreichend ausgeschöpft wurden. Den Mix von Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft, der eine der Stärken gerade des Rhein-Main-Gebietes ist, werden wir als Chance für Hessens Entwicklung wahrnehmen. Durch die Vergabe von Mitteln der hessischen Förderinstitute werden wir kreative Vielfalt und Unkonventionelles gezielter unterstützen.
- **Besser fördern und nicht nur fordern in der Arbeitsmarktpolitik:** Durch die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sind Land und Kommunen neue Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeitsmarktpolitik zugewachsen. Mit den beträchtlichen finanziellen Mitteln in diesem Bereich sollte eine Balance zwischen Fördern und Fordern erreicht werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass insbesondere das Fördern gestärkt und so die angestrebte Balance tatsächlich erreicht wird. Ein Beitrag hierzu ist ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chancen haben.
- **Überprüfung der Hartz-Gesetze:** Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Hartz-Gesetze sowohl in Bezug auf die Höhe der Transferzahlungen insbesondere für Familie mit Kindern als auch auf die Wirksamkeit der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen überprüft werden.
- **Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL):** Guter Lohn für gute Arbeit gilt auch im Umgang mit den Landesbediensteten. Hessen wird in die TdL zurückkehren und das Tarifrecht schrittweise auf das Beamtenrecht übertragen.

- **Bundesratsinitiative Mindestlohn:** Hessen wird eine Bundesratsinitiative für regional- und branchenspezifische Mindestlöhne ergreifen.
- **Bundesratsinitiative Niedrigere Sozialabgaben für alle statt Steuergeschenke für wenige:** Entscheidend für die Belastung kleiner und mittlere Einkommen sind die Sozialabgaben und weniger die Steuersätze. Keinen oder geringen Steuerzahlungen stehen oftmals deutlich höhere Sozialabgaben gegenüber. Hessen wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass vorhandene finanzielle Spielräume auf Bundesebene nicht prioritär zur Senkung der Steuersätze, sondern zur Senkung der Sozialabgaben insbesondere für kleine und mittlere Einkommen verwendet werden. Mit Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung sowie zur Erhöhung des Anteils vermögensbezogener Steuern am gesamten Steueraufkommen wollen wir einen Beitrag leisten, um die Finanzierung des Gemeinwesens zu stabilisieren.

Gesellschaftliche Teilhabe für alle – für eine neue Kultur des Miteinanders

Konflikt und Konfrontation haben in den vergangenen Jahren bei sozialen Herausforderungen zu oft im Vordergrund gestanden. Statt gesellschaftliche Probleme als solche zu erkennen und zu bearbeiten, wurde der Versuch gemacht, sie zu individualisieren und als Einzelprobleme oder Folgen persönlichen Fehlverhaltens darzustellen. Anders zu sein als die vermeintliche gesellschaftliche Norm wurde häufig nicht als Selbstverständlichkeit, sondern bestenfalls als etwas zu tolerierendes empfunden.

Wir wollen, dass eine neue Landesregierung u.a. folgende Projekte auf den Weg bringt:

- **Ein verlässliches soziales Netz knüpfen:** Durch die Einführung eines Sozialbudgets wird dafür Sorge getragen, dass Menschen in schwierigen Lebenssituationen wieder angemessenen geholfen werden kann. Durch einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht wird ein Instrument geschaffen, um vorhandene Probleme besser erkennen zu können und die Teilhabe aller besser fördern zu können.
- **Kinderarmut bekämpfen:** Viele Menschen und dabei vor allem Frauen sind bloß aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben, auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Wir werden beispielsweise durch den Ausbau einer guten Kinderbetreuung dafür sorgen, dass Kinder kein Arbeitsplatz- oder gar Armutsrisiko sind. Langfristig ist dies auch ein Beitrag gegen zukünftige Altersarmut. Bis zu einer Anpassung der Hartz IV-Leistungen für Familie mit Kindern werden in Landesverantwortung Härtefonds aufgelegt.

- **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit:** Trotz gleicher Qualifikation und gleichem Job verdienen Frauen oftmals deutlich weniger als Männer. Auch Jahrzehnte nach Beginn der Frauenbewegung sind Führungspositionen in der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung sowie Professorenstellen überwiegend in Männerhand. Es werden Initiativen und Förderprogramme gestartet, um auch in diesen Bereichen für tatsächliche Chancengleichheit zu sorgen.
- **Integration:** Viele Menschen leben in unserem Land ohne sich heimisch zu fühlen. U.a. durch eine Ausweitung der Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten, eine Einbürgerungskampagne, die verstärkte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst und islamische Religionskunde an den Schulen werden wir Integration fördern. Die Bündelung aller Zuständigkeiten in einem Ministerium wollen wir prüfen.
- **Humaner Umgang mit Flüchtlingen:** Mit einer Härtefallkommission, die diesen Namen auch verdient, wollen wir humanitäre Lösungen für Flüchtlinge erleichtern. Die Flüchtlingsberatung wird verstärkt. Die Gesundheitsversorgung sowie der Schulbesuch von Menschen ohne festen Aufenthaltstitel wird durch Anpassung der entsprechenden Regelungen gewährleistet.
- **Behinderte Menschen gleichstellen:** Die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen in rechtlicher, gesellschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht ist für uns ein wichtiger Teil der Bürgerrechtspolitik. Die neue UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen wollen wir in Hessen mit Leben füllen.
- **Lebenspartnerschaften:** Die vollständige Gleichstellung von eingetragener Lebenspartnerschaft und Ehe im Landesrecht wird umgesetzt. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die vollständige Gleichstellung, insbesondere im Steuer-, Erb- und Adoptionsrecht, hergestellt wird.

Den Menschen vertrauen und etwas zutrauen – mehr Transparenz und direkte Demokratie wagen

Wir haben in Hessen eine gewachsene und erwachsene Demokratie. Viele Bürgerinnen und Bürger wollen über die sie betreffenden Angelegenheiten informiert sein und sie mitgestalten können – sei es in der Kommune, im Land oder bei der Entscheidung, welche Produkte man kauft oder eben nicht. Es ist Zeit, mehr Transparenz und Demokratie zu wagen.

Wir wollen, dass eine neue Landesregierung u.a. folgende Projekte auf den Weg bringt:

- **Volksbegehren und Volksentscheid auf Landesebene erleichtern:** Obwohl diese Instrumente direkter Demokratie schon seit 60 Jahren in der Hessischen Verfassung stehen, haben sie faktisch noch keine Wirkung entfaltet. Durch Senkung der Quoren und Vereinfachung des Verfahrens werden wir es ermöglichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auch auf Landesebene direkt mit Initiativen einbringen können.
- **Bürgerbeteiligung in den Kommunen stärken**
Auch auf kommunaler Ebene wollen wir die Elemente direkter Demokratie weiter stärken. Beispielsweise wird das Verfahren zur Durchführung von Bürgerbegehren vereinfacht und ein Einwohnerantrag neu eingeführt. Damit können Bürgerinnen und Bürger verlangen, dass sich ihr Kommunalparlament mit einem Thema befasst.
- **Verbraucher schützen:** Mit einer Reihe von Bundesratsinitiativen werden wir uns für eine aussagekräftige Kennzeichnung von Lebensmitteln ohne Gentechnik, ein Sicherheitssiegel für Kinderspielzeug, den Schutz vor unlauterer Telefonwerbung und ein wirkungsvolles Verbraucherinformationsgesetz einsetzen. In landespolitischer Verantwortung wird die Verbraucherzentrale Hessen gestärkt und die Lebensmittelkontrolle verbessert.
- **Informationsfreiheit gewährleisten:** Mit einem Informationsfreiheitsgesetz werden die Transparenz über Verwaltungshandeln erhöht und die Bürgerrechte gestärkt. Informationen, die mit Steuergeldern erstellt werden, müssen für die Bürgerinnen und Bürger auch zugänglich sein.
- **Kompetenzzentrum Datenschutz:** Als erstes Land hat Hessen 1970 ein eigenes Landesdatenschutzgesetz verabschiedet. Fast vierzig Jahre danach hat der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor der Datensammelwut von Unternehmen deutlich an Bedeutung gewonnen. Mit einem unabhängigen Kompetenzzentrum Datenschutz werden wir einen weiteren Meilenstein setzen und die Kompetenz für öffentlichen und privaten Datenschutz in einer Hand zusammenfassen.
- **Sicherheit gewährleisten, Freiheit sichern:** Der Staat gewährleistet die Sicherheit und schützt die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Polizei und Justiz müssen ihre Aufgaben konsequent und effizient wahrnehmen können. Überwachungs- und Ausforschungsmaßnahmen, die alle Menschen unter Generalverdacht stellen, gehören nicht dazu. Das Landesrecht wird an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes angepasst. Der Bedrohung von Freiheit und Sicherheit durch Rechtsradikalismus muss Einhalt geboten werden.

Hessens strukturelle Probleme angehen – neue Antworten für ein Land im Wandel

Ob es die Konsolidierung des Landeshaushalts, die Kulturfinanzierung, der kommunale Finanzausgleich (KFA) oder die Regionalreform ist – zu viele strukturelle Probleme wurden in den vergangenen Jahren nicht angepackt. Im Ergebnis hat Hessen gemessen an vergleichbaren Bundesländern ein exorbitant hohes strukturelles Defizit im Landeshaushalt, eine zu geringe Kulturfinanzierung, Reformbedarf beim KFA und eine den Herausforderungen der Zeit nicht angemessene Verwaltungsstruktur.

Wir wollen, dass eine neue Landesregierung u.a. folgende Projekte auf den Weg bringt:

- **Nachhaltige Finanzwirtschaft:** Das strukturelle Defizit im Landeshaushalt in Milliardenhöhe wird so schnell wie möglich abgebaut, ohne dabei jedoch notwendige Zukunftsinvestitionen zu vernachlässigen. Ziel ist ein Haushalt ohne neue Schulden.
- **Die Kulturfinanzierung auf ein neues Fundament stellen:** Die insgesamt zu geringe und ungerechte Finanzierung der großen Kultureinrichtungen in Hessen wird neu geordnet. Zwischen dem Land, den kreisangehörigen Gemeinden und den kreisfreien Städten wird die Finanzierung bestehender Einrichtungen dauerhaft gesichert und Freiraum für Neues eröffnet.
- **Den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) reformieren:** Die Kulturfinanzierung ist nur ein Teil einer umfassenden Reform des KFA. In den vergangenen Jahren haben sich Ungleichgewichte - beispielsweise bei der Ausgestaltung des Sozialstrukturausgleichs - entwickelt. Die Anstrengungen der Kommunen in den Bereichen Bildung und Umgang mit dem demographischen Wandel werden stärkere Berücksichtigung finden.
- **Die Regionalreform angehen:** Hessens Verwaltungsaufbau ist zu kompliziert, zu wenig transparent und nicht hinreichend demokratisch legitimiert. Beginnend im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main werden wir die bisherigen Zuständigkeiten des Regierungspräsidiums, des Planungsverbands und der Landkreise zusammenführen. Unser Ziel sind Regionalkreise mit von der Bevölkerung direkt gewählten Parlamenten.

IV. GRÜNE sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, aber nicht um jeden Preis

Auf dem Weg zu einem modernen, gerechten, ökologischen und nachhaltig wirtschaftenden Hessen sind DIE GRÜNEN bereit, Verantwortung zu übernehmen, aber nicht um jeden Preis. Für uns bleibt es dabei, dass es auf die Inhalte ankommt. Ein Politikwechsel ohne Regierungswechsel bleibt unvollständig. Umgekehrt wird es mit uns einen Regierungswechsel ohne Politikwechsel nicht geben. Die Richtung eines solchen Politikwechsels haben wir mit diesem Papier beschrieben.

Wir haben nach der Wahl Gespräche mit allen im Landtag vertretenen Parteien geführt und inhaltliche Gemeinsamkeiten ausgelotet. Trotz zahlreicher verbaler Bekundungen ist aufgrund des tatsächlichen Verhaltens der CDU bisher nicht ersichtlich, dass sie wirklich zu einem weit reichenden Politikwechsel bereit wäre. Die FDP hat seit Monaten ständig erklärt, dass sie zwar von uns GRÜNEN Beweglichkeit erwartet, selbst aber zu keinerlei Bewegung bereit ist. Die größten inhaltlichen Gemeinsamkeiten haben wir weiterhin mit der SPD.

Wir begrüßen, dass die SPD nun endlich zu einer Klärung der hessischen Verhältnisse beitragen will. Ein entsprechendes Votum auf dem SPD-Parteitag am 4. Oktober ist eine wichtige Voraussetzung für Koalitionsverhandlungen. Eine weitere Voraussetzung ist der Verlauf des Parteitags der LINKS-Partei Ende August. DIE LINKE muss mit dem Parteitag unter Beweis stellen, dass sie ernsthaft und verlässlich Verantwortung übernehmen kann und will. Abhängig von den Entscheidungen dieses Parteitags kann die Vorbereitung einer Regierungsbildung enden, bevor sie begonnen hat.

Nach einem entsprechenden Verlauf der Parteitage von SPD und LINKEN können wir GRÜNE uns zur Verwirklichung unserer in Punkt III beispielhaft genannten Inhalte prinzipiell vorstellen, mit der SPD Koalitionsverhandlungen zu führen und unter der Voraussetzung eines positiven Ergebnisses in eine rot-GRÜNE Regierung einzutreten.

Der erste Versuch von Koalitionsverhandlungen ist im März an der SPD gescheitert. Auch von Seiten der Partei DIE LINKE war damals nicht zu erkennen, ob sie bereit war, die notwendige Verlässlichkeit zu garantieren.

Nach diesen Erfahrungen müssen aus unserer Sicht folgende Bedingungen für eine Zusammenarbeit erfüllt sein:

- **Vor dem Beginn von rot-GRÜNEN Koalitionsverhandlungen stellen die Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN in geheimen Probeabstimmungen fest, ob sie – natürlich vorbehaltlich erfolgreicher abgeschlossener Koalitionsverhandlungen – die notwendige Mehrheit gewährleisten können, um Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin zu wählen und eine von ihr geführte Regierung zu bestätigen.**

- Wir erwarten von der Fraktion DIE LINKE verlässliche Aussagen, die über die Wahl der Ministerpräsidentin und die Bestätigung des Kabinetts hinausgehen. Insbesondere über die Gestaltung des Landeshaushalts und zentraler Gesetzgebungsverfahren bedarf es konkreter Zusagen der Fraktion DIE LINKE. Gerade bei auslaufenden Gesetzen verlangen wir die Sicherheit, dass es Anschlussregelungen gibt.
- Allen eine mögliche rot-GRÜNE Regierung tragenden Fraktionen muss klar sein, dass die Umweltpartei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Vorschlagsrecht über den Zuschnitt und die Besetzung des Umweltministeriums beanspruchen wird. Über die weiteren Bereiche, in denen wir zusätzlich auch personell Verantwortung übernehmen, wird zu verhandeln sein.
- Ein GRÜNER Parteitag wird einem Koalitionsvertrag nur zustimmen, wenn die Inhalte stimmen. Blankoschecks gibt es von uns keine. Wir wollen den Politikwechsel. Wir GRÜNE sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, aber nicht um jeden Preis.